

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Orientierungs- und Mobilitätstrainingsangebote für Blinde und Sehbehinderte weiter ausbauen (GR Ulrich, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

Menschen mit einem eingeschränkten Sehvermögen erfassen die Umwelt in völlig anderer Weise als sehende Menschen. Um sich dann in bekannter bzw. fremder Umgebung weitgehend ohne fremde Hilfe bewegen zu können, ist es notwendig, spezielle Techniken zu erlernen. Zum Beispiel hilft eine Schulung zum Umgang mit dem weißen Langstock, sich sicher im Straßenverkehr zu bewegen.

Ein Orientierungs- und Mobilitätstraining, wie z.B. vom Odilien-Institut angeboten, umfasst jedoch weit mehr als die reine Vermittlung der Stocktechniken. Es werden diverse Methoden erlernt, mit deren Hilfe das Restsehvermögen und die anderen Sinne besser genutzt werden können. Wichtig ist auch das Training von situationsbezogenem Handeln in der Öffentlichkeit, damit Menschen mit Sehbehinderungen auch in unerwarteten Momenten sicher an ihr Ziel kommen.

Alleine in der Steiermark gibt es 60.000 Menschen, die über ein eingeschränktes Sehvermögen verfügen und von so einem Angebot im Alltag sehr profitieren würden. Tendenz steigend. In der Wiener Klinischen Wochenschrift wurde einer Studie von Selam Woldemariam abgedruckt, die einen signifikanten Anstieg von Behinderungen im Alter (besonders stark auch Sehverluste) alleine im Zeitraum 2014 bis 2019 aufzeigen konnte. Das Beratungszentrum Odilien-Institut hat vor kurzem ein spezialisiertes Trainingsangebot auch für Menschen ohne Betreuung ins Leben gerufen, kann aber nicht annähernd den ganzen Bedarf abdecken. Es fehlt an Ausgebildeten und auch Ausbildungsangebote, welche bisher nicht regelmäßig stattfinden.

Um das Leben für Blinde und Sehbehinderte aller Altersgruppen zu erleichtern, wäre ein breiteres Angebot von Orientierungs- und Mobilitätstrainingsangeboten ein bedeutender Schritt. Wir brauchen mehr Trainer:innen, mehr Trainingsangebote und mehr Ausbildungen zur/zum Trainer:in.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen das Land Steiermark auffordern, mit Instituten, Trägern und Vereinen Kontakt aufzunehmen um gemäß Motiventext zu prüfen, wie das Land die bereits vorhandenen Angebote unterstützen und erweitern kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Fußgängersicherheit Herrengasse
(GRⁱⁿ Derler, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Herrengasse ist die meistfrequentierte Straße in der Innenstadt. Besondere Vorsicht für Fußgänger ist seit jeher geboten, da alle Grazer Straßenbahnen durch die Herrengasse fahren und es keinerlei Abgrenzung zu den Fußgängerstreifen gibt. Das Gefahrenpotenzial verschärft sich aber zunehmend durch Radfahrer, die immer öfter durch die Herrengasse rasen. Besonders ärgerlich und zunehmend gefährlich für viele Fußgänger ist aber die Tatsache, dass einzelne Vereine, wie etwa der Verein gegen Tierfabriken, regelrecht Barrikaden für die Fußgänger auf beiden Seiten der Herrengasse installieren. Das hat zur Folge, dass Fußgänger gar keine andere Wahl haben, als auf die Geleise der Straßenbahnen auszuweichen. Zusätzlich dazu stellen vereinzelte Gastgärten, die ohne dazugehöriges Gastronomielokal betrieben werden

und daher keinen Zweck erfüllen oder die in der Mitte der Fußgängerbereiche in der Herrengasse platzierten Leitsysteme, Behinderungen für Zufußgehende dar.

Nachdem sich die Situation in der Herrengasse aus beschriebenen Gründen immer öfter zuspitzt und verschlechtert, stelle ich daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, die entsprechenden Fachabteilungen zu beauftragen, eine tragfähige Lösung für die beschriebenen Situationen in der Herrengasse zu finden und dem Gemeinderat ein Konzept für mehr Fußgängersicherheit in der Herrengasse bis Dezember 2024 vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.3 Hochwasserschutz im Bereich Kahngasse/Körösistraße (GR Huber, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Im Juni dieses Jahres war Graz von heftigen Unwettern betroffen, die an mehreren Stellen in der Stadt zu Überschwemmungen führten. Eine dieser Stellen war der Kreuzungsbereich Kahngasse/Körösistraße. Hier verklauste die Engstelle bei der Brücke und löste so die Überschwemmung aus. Anrainer berichteten, dass sie viermal die Feuerwehr rufen mussten, um die Verklausungen zu lösen. Leider konnte die Feuerwehr eine weitere Verklausung nicht verhindern und es kam zur Überschwemmung, die den betroffenen Anrainern teilweise finanzielle Schäden im sechsstelligen Bereich

bescherte. Ebenfalls berichteten Anrainer, dass die Überschwemmungsgefahr an dieser Stelle, seit der Sanierung des Schöcklbaches im nördlichen Bereich, merklich zugenommen hat.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner, folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, einen sofortigen Ausbau des Hochwasserschutzes im Bereich Kahngasse/Körösistraße, vor allem im Bereich der Brücke, zu veranlassen. Hier sollen insbesondere Schutzmaßnahmen gegen mögliche Verklausungen vorgenommen werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Lösung für einen raschen Transport von Blut, Plasma und Gewebeproben
(GR Huber, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Um medizinische Notfälle und auch medizinische Fragestellungen bestmöglich in unserer Stadt zu behandeln, leisten Taxiunternehmen, die mit dem Transport von Blutkonserven, Blutplasma und Gewebeproben beauftragt sind, einen nicht unwesentlichen Beitrag.

Grundsätzlich werden diese Fahrten vom LKH, der Privatklinik Ragnitz, dem Sanatorium Leech und dem Privatklinikum Hansa aus, Richtung UKH getätigt. Also vom Grazer Osten ausgehend Richtung Westen.

Dass manche dieser Fahrten, beispielsweise mit Blutkonserven oder der Transport von Gewebeproben, auch eine gewisse Dringlichkeit aufweisen, ist selbsterklärend. Diese werden während einer laufenden Operation entnommen und müssen schnellstmöglich ins UKH Labor gebracht werden

Um dieser Dringlichkeit nachzukommen bestätigen viele Taxifahrer, dass

- die Peter Tunner Gasse bis dato eine wesentliche Hauptverbindungsline Richtung UKH war. Diese kann aufgrund der Bauarbeiten aber nicht mehr genutzt werden.*
- Die nächste wichtige Hauptverbindungsline wäre die Annenstraße. In dieser ist jedoch das Durchfahren Richtung Hauptbahnhof für Taxis allgemein verboten. Nur das Holen und Bringen von Personen ist erlaubt.*
- Die Keplerstraße ist für diese dringlichen Transporte ebenfalls nicht geeignet, da es im Bereich Lendkai und Lendplatz ein erhöhtes Stauaufkommen gibt.*
- Eine weitere Hauptverbindungsline wäre der Joanneum Ring. Dieser ist ebenfalls durch die Baustelle nicht weiter nutzbar, um der angesprochenen Dringlichkeit nachzukommen.*

Um auch weiterhin einen raschen Transport, abseits von Stoßzeiten und Staus zu gewährleisten, wäre es zweckmäßig, die Durchfahrt von Taxis in der Annenstraße Fahrtrichtung Hauptbahnhof, zumindest bis Bauende Peter Tunner Gasse, zu erlauben. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen gemäß dem Motiventext prüfen, ob eine vorübergehende Durchfahrt für Taxis in der Annenstraße, Fahrtrichtung Hauptbahnhof, während der Bauarbeiten in der Peter Tunner Gasse möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Alternative Nachnutzung für ausgetauschten Rasen der Merkur Arena.
(GRⁱⁿ Kreiner, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Erst im vergangenen Juni wurden in der Merkur Arena 8000 Quadratmeter Rasen erneuert, nachdem man bereits im Oktober vergangenen Jahres das Spielfeld neu verlegen musste.

Dank der guten Pflege des Greenkeepers ist der Rasen allerdings sonst in einwandfreiem Zustand. Ein Umstand der es sinnvoll erscheinen lässt, den Rasen nicht kostspielig zu entsorgen, sondern für ihn neue Verwendungsmöglichkeiten im Sinne des Re-Use Gedankens und der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Graz zu finden.

Im Sinne der Nachhaltigkeit könnte der Rasen beispielsweise in Außen- und Sportbereichen von Kindergärten und Schulen oder städtischen Sportanlagen wiederverwendet werden. Weiters könnte man damit auch weitere Grünflächen im öffentlichen Raum schaffen und etwa in Parks, Spielplätzen, Verkehrsinseln etc. verwenden und so zu einer Verschönerung des Stadtbildes beitragen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen mögen prüfen, in welcher Art und Form der zukünftig auszutauschende Rasen der Merkur Arena einer Wiederverwertung im Sinne des Motiventextes zuzuführen ist. Dem zuständigen Ausschuss ist darüber Bericht zu erstatten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Wohnstraße „Staudacher Siedlung“
(GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Am 14.05. fand die straßenpolizeiliche Verhandlung für die geplante Wohnstraße in dem Bereich Emichgasse, Etingshausengasse, Toeplergasse und Rohrbachergasse statt. Eine Umsetzung rückt daher immer näher. Allerdings wurden die Straßenzüge „Am Andritzbach“ und „Viktor-Kaplan-Gasse“ von der geplanten Wohnstraße ausgenommen, obwohl diese gerade durch das mögliche Abkürzen den meisten Verkehr aufweisen. Deren Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich übergangen und fürchten noch mehr Verkehr und Parkdruck.

Da in den künftigen Wohnstraßen Durchfahrten und Parken untersagt sein werden, ist auf den angrenzenden Straßen mit einer Zunahme des Verkehrs sowie des Parkdrucks zu rechnen. Informiert wurden die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer nicht. Diese

haben sich nun mit einer Unterschriftenliste an die zuständige Vizebürgermeisterin Schwentner gewandt und ihren Unmut kundgetan. Auf Grund der schmalen Straßen werden im Gebiet der kommenden Wohnstraße keine Parkplätze ausgewiesen. Künftig soll auf eigenem Grund oder in den angrenzenden Straßen ("Am Andritzbach" und "Viktor Kaplan Gasse") geparkt werden.

„Am Andritzbach" und "Viktor Kaplan Gasse" sind jedoch bereits jetzt komplett zugeparkt. Viele Pendler von außerhalb der Stadt nutzen die Straßen als P&R-Ersatz auf Grund der Nähe zum Andritzer Hauptplatz. Ein echter P&R der nur wenige hundert Meter entfernt - direkt neben der Bim - entstehen soll, wäre hier eine Erleichterung.

Was es daher dringend benötigen würde, wäre ein Verkehrskonzept für das ganze Viertel, damit nicht eine gewollte und von den Bewohner:innen gewünschte Maßnahme am Schluss für die Betroffenen negative Auswirkung hätte. Diese gilt auch für den Bereich um die Wohnstraßen Zelinkagasse-Geißlergasse Ursprungweg. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag

Die zuständigen Stellen werden gebeten im Sinne des Motiventextes eine Lösung für das betroffene Gebiet zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte geprüft werden:

- 1. Rasche Errichtung des P&R Maut Andritz*
- 2. Die Möglichkeit, alle Straßen vor Ort als Wohnstraße umzugestalten*
- 3. Ein Verkehrskonzept für Unterandritz inkl. Hauptplatz und Nebenstraßen bis zum Rotmoosweg soll erarbeitet werden*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Sonderaktion Grünschnitt und Sonderaktion Restmüll
(GR Piffl-Percevic, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Zuge der Hochwasser- und Unwetterereignisse, die in den letzten Tagen und Wochen gehäuft auftraten, ist natürlich auch eine große Menge an Grünschnitt und Schadholz einerseits, sowie zahlreiche unbrauchbar gewordener Hausratsgegenstände (Sperrmüll) angefallen. Neben den ohnehin hohen wirtschaftlichen Schäden für die Betroffenen ist auch die Entsorgung der genannten Dinge aufwändig.

Um den Betroffenen seitens der Stadt Graz eine Hilfestellung zu gewähren, wäre eine Sonderaktion Grünschnitt und Sperrmüll sehr hilfreich.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht:

- 1. Eine Gratis Sonderaktion Sperrmüll Abgabe und gegebenenfalls auch Abholung zu prüfen*
- 2. Eine Gratis Sonderaktion Grünschnitt und gegebenenfalls auch Abholung zu prüfen.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Freibad für den Grazer Osten
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Sommer ist da und spätestens mit 1. Juni sind die Schwimmbäder in Graz wieder geöffnet. Nur der Grazer Osten sitzt auch dieses Jahr wieder auf dem Trockenen. Über 61.500 Menschen leben in den Bezirken St. Peter, Puntigam, Liebenau und Waltendorf, mit St. Leonhard sind es schon beinahe 80.000 Menschen, die im Sommer auf Naherholung im echten Wortsinn seit dem Schließen des Pammerbads 2004 verzichten müssen. Dabei gehören Freibäder ebenso zur Daseinsvorsorge wie Sport- und Spielplätze oder Grünanlagen.

St. Peter als einwohnerstärkster Familienbezirk im Grazer Süd-Osten bietet sich dabei regelrecht als Standort für ein dringend benötigtes neues familienfreundliches Sportfreibad an.

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist das nächstgelegene Familienbad die Auster in Eggenberg, wobei man hier bereits mit Umsteigen 41 Minuten von der Endstation St. Peter unterwegs ist. Um ins Stukitzbad zu kommen, benötigt man 45 Minuten, ins Strassganger-Bad bereits eine gute Stunde.

Es ist realitätsfern, dass eine vierköpfige Familie mit Kleinkindern im Hochsommer so eine „Reise“ in ein Bad antritt. Viele setzen sich daher lieber ins Auto, fahren 25 Minuten zum Wellenbad Gleisdorf und finden dort auch noch einen kostenlosen Parkplatz vor.

Graz ist eine wachsende Stadt, die Naherholungsangebote im Grazer Osten entsprechen dieser Tatsache leider nicht. Gerade in Zeiten, in denen sich die Menschen sehr gut überlegen, überhaupt auf Urlaub zu fahren, steht die Stadt in der Pflicht, für entsprechende Naherholung und Freibadangebote zu sorgen. Platz gäbe es in St. Peter genug - man denke nur an die großen Flächen bspw. in Messendorf.

Wie es gehen kann, zeigt die oberösterreichische Bundeshauptstadt vor. Linz, das etwa 90.000 Einwohner weniger als Graz zählt, verfügt über vier Freibäder, ebenso viele Hallenbäder und 3 Badeseen, die noch dazu gratis zu benutzen sind. Dazu kommen noch ganze sieben wunderschöne Kinderfreibäder, die über ganz Linz verteilt sind und in denen Kinder bis 12 Jahren freien Eintritt haben. Zur Erinnerung: Graz bietet seinen Familien und Kindern Graz gerade einmal ein einziges „Noppelbad“ an, das vergangene Saison leider ungeöffnet blieb.

Die Errichtung eines Freibads in St. Peter für den Grazer Osten und die Umlandgemeinden ist daher von hoher Dringlichkeit und Wichtigkeit für einen wachsenden und attraktiven Bezirk und einer familiengerechten und kinderfreundlichen Stadt.

Deshalb stelle ich im Namen der ÖVP Gemeinderatsfraktion folgenden

ANTRAG:

- *Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, eine Bedarfs- und Standortanalyse für ein Freibad im Bezirk St. Peter unter Berücksichtigung und Bewertung der Bevölkerungszahlen des Grazer Ostens und der umliegenden Gemeinden zu erstellen*
- *Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert eine Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsberechnung für ein Familienfreibad in St. Peter und den Grazer Osten zu erstellen.*
- *Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird aufgefordert zu überprüfen, wie die Erholungsoase Pammerbad als wichtige Infrastruktureinrichtung für den Grazer Osten zu revitalisieren ist.*
- *Beteiligungsstadtrat Eber möge ein entsprechendes Konzept bis Jahresende 2024 dem Gemeinderat vorlegen.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Pflege Verkehrsinseln
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In immer mehr Städten und Gemeinden setzt sich die Erkenntnis durch: Verkehrsinseln müssen nicht nur den Sicherheitsanforderungen entsprechen, sondern sollen auch ästhetisch anspruchsvoll und gepflegt sein und dabei einen Beitrag zur Biodiversität leisten. Viele sinnvoll bepflanzte Inseln tragen so zu einer Verschönerung des Ortsbildes, aber auch zur Klimaverbesserung innerhalb von Städten bei. Während vor allem Grazer Umlandgemeinden intensiv am Erscheinungsbild von Verkehrsinseln gelegen zu sein scheint, ist das in Graz zum Teil leider nicht der Fall. Besonders augenscheinlich ist dieser Umstand bei den Verkehrsinseln an der Plüddemangasse und dem Ampelbereich beim St. Peter Stadtfriedhof. Hier zeigen sich beide Inseln in einem äußerst ungepflegten und verwilderten Zustand. Dies ist einerseits einem schönen und gepflegten Ortsbild nicht zuträglich, andererseits kann dies auch zur Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit führen.

Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, im Sinne des Motivenberichts tätig zu werden und die zuständigen Abteilungen aufzufordern, die Verkehrsinseln der Stadt regelmäßig zu pflegen und instand zu halten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Ampelschaltung Liebenauer Gürtel und St. Peter Gürtel
(GR Topf, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Am Liebenauer Gürtel und St. Peter Gürtel befinden sich auf nur wenigen hundert Metern zwischen den Kreuzungen mit der St. Peter Hauptstraße und Am Engelsdorf Grund, sechs ampelgeregelter Kreuzungen. Der Verkehrsfluss wird dadurch stark behindert und es herrscht in der Regel ein „stop and go“ Verkehr.

Die Konsequenz kann täglich jeder erleben. Es ist ein erhöhtes Aufkommen von Abgasen, Feinstaub durch Bremsungen und es ergibt sich natürlich auch für viele ein erheblicher Zeitverlust im Stau.

Überdies ist an den beiden Gürtelkreuzungen OBI und Bellaflora und Am Engelsdorfer Grund die Ampelschaltung 24/7 in Kraft, obwohl es keine Zu- und Abfahrten bei beiden Gewerbegebieten an Sonn- und Feiertagen sowie nachts gibt.

Eine Überlegung wäre, die Ampeln an genannten Kreuzungen durch Induktionsschleife oder Kamera zu schalten und damit den Verkehrsfluss am Liebenauer Gürtel und St. Peter Gürtel deutlich zu verbessern. Eine andere Möglichkeit wäre, zumindest an Sonn- und Feiertagen sowie nach 22:00 Uhr die Ampeln bei OBI und Bellaflora auf Gelb zu schalten.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, die im Motiventext genannten Möglichkeiten zur Verbesserung des Verkehrsflusses am Liebenauer Gürtel sowie St. Peter Gürtel zu prüfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.11 Parkgebühren – Parkraum (GRⁱⁿ Unger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Innenstadt wurden zuletzt rund um die Kaiserfeldgasse zahlreiche Parkplätze gestrichen, um den öffentlichen Raum neu zu verteilen, wie es das Bestreben der Vizebürgermeisterin Mag. Schwentner ist. In diesem Teil der Stadt sind zahlreiche Geschäfte und Büros angesiedelt, die nicht zuletzt durch die lange Baustellenphase im Bereich Joanneumring/Neutorgasse massiv beeinträchtigt waren. Viele der Geschäftstreibenden haben aufgrund ihrer Tätigkeit eine Ausnahmegenehmigung als UnternehmerInnen beantragt und finden nun keinen Parkplatz mehr. Das Argument, dass im Rayon ausreichend Parkplätze zur Verfügung stünden, ist hier leider nicht zutreffend, weil häufig die Notwendigkeit, aufgrund von Anlieferungen in der Nähe ihres Geschäftslokals zu parken, besteht. Nun steht also die bereits entrichtete Gebühr dem tatsächlichen Nutzen gegenüber, es stellt sich die Frage, wie die Stadt mit den veränderten Bedingungen umgeht.

Antrag

Die zuständigen Stellen mögen überprüfen, inwieweit die bereits geleisteten Zahlungen in Einklang mit den zu Recht erwarteten Parkmöglichkeiten zu bringen sind und ob die aktuelle Lage rechtlich abgesichert ist, ohne Rückzahlungen durch die Stadt nötig zu machen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.12 Verhalten in Parkanlagen - Kommunikation der Regeln (GR Lenartitsch, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Nicht erst seit den Vorkommnissen rund um den Volksgarten wurde auch seitens vieler Anrainer:innen eingefordert, dass für die Benützung städtischer Parkanlagen unbedingt ein Verhaltenskodex erlassen werden müssten, es brauche quasi Regeln. Was viele nicht wissen ist: Es gibt sehr wohl ein solches Regelwerk, nämlich in Form der städtischen Grünanlagenverordnung, die über das Internet abrufbar ist.

Doch genau darin liegt die Problematik: Die wenigsten Menschen werden sich vor dem Besuch eines Parks kundig machen, was dort erlaubt ist und was nicht. Und kaum jemand wird während des Besuchs im Park den entsprechenden Verhaltenskodex nachgoogeln. Und im Park selbst, etwa bei den Zugangsbereichen, ist dieses Regelwerk üblicherweise nicht zu finden – ganz im Gegensatz zu den Spielplätzen und Bezirkssportplätzen, bei denen die Besucher:innen sehr wohl deutlich darüber informiert werden.

Entsprechend problembeladen verläuft bisweilen die Diskussion zwischen Parkbesucher:innen über das erlaubte Tun und Lassen – und der Versuch eines konsensualen Miteinander endet gelegentlich in heftigem Streit darüber, was nun wirklich gestattet ist und was nicht.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, gemäß Motivenbericht die seitens der Stadt erlassenen Regeln für das Verhalten in Parkanlagen bei den Zugängen zu den Parks und an zentralen Stellen – ähnlich wie dies bei Spielplätzen oder Bezirkssportplätzen erfolgt – in einfacher und verständlicher Form mittels Anschlagtafeln kundzumachen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Karl Schubert-Waldorfschule - Verbesserung der Verkehrssicherheit
(KO Schlüsselberger, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Die Verkehrssicherheit im Bereich der Karl Schubert-Waldorfschule im Bezirk Ries bereitet Eltern große Sorgen. Der Grund: Diese Schule liegt direkt an der vielbefahrenen Riesstraße, einer Bundesstraße, die vor allem auch von Pendler:innen intensiv genutzt wird. Wobei sich beileibe nicht alle an das – aus Elternsicht ohnehin zu hoch angesetzte – Tempolimit von 50 Stundenkilometer halten, sondern auch unmittelbar bei der Schule mit einer deutlich überhöhten Geschwindigkeit unterwegs sind.

Vorrangiger Wunsch der Schulleitung wie auch der Eltern ist natürlich, im unmittelbaren Nahbereich der Schule eine Tempo 30-Beschränkung zu erreichen. Was, weil die Riesstraße eine Bundesstraße ist, ein schwieriges Unterfangen sein könnte. Umso wichtiger wäre daher eine kurz- bzw. mittelfristige Lösung, indem bewusstseinsbildende Maßnahmen gegen die Geschwindigkeitsübertretungen gesetzt werden. Sprich: Etwa durch digitale Geschwindigkeitsmessungen, also sogenannte

Geschwindigkeitsdisplays oder auch Tempo-smileys genannt, die Kfz-Nutzer:innen deutlich daran erinnern, wenigstens die 50 km/h-Beschränkung einzuhalten. Eine Maßnahme, die im Interesse der Sicherheit der Kinder raschest umgesetzt werden sollte.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht beauftragt zu prüfen,

- 1. inwieweit auf der Riesstraße im Bereich der Karl Schubert-Waldorfschule seitens der Stadt Tempo-smileys installiert werden können, um die Kfz-Nutzer:innen an die geltende Geschwindigkeitsbeschränkung zu erinnern und*
- 2. welche Möglichkeiten bestehen, für diesen Abschnitt der Bundesstraße eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h zu erreichen.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Kinderbetreuungseinrichtungen mit Wohnbauvorhaben kombinieren
(KO Schlüsselberger, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Die dankenswerterweise von der Abteilung für Bildung und Integration übermittelten äußerst detaillierten Daten über die Entwicklung des Versorgungsgrades mit Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen zeigten ein sehr differenziertes Bild, was die Situation in den einzelnen Stadtbezirken anbelangt, denn diese ist höchst

unterschiedlich. Die größten Einbrüche zeigen sich - erwartungsgemäß, könnte man sagen - in Bezirken mit erhöhtem Wohnbauaufkommen in den vergangenen Jahren.

Geradezu signifikant etwa der Bezirk Eggenberg. Gab es 2019 im Bereich der Betreuungsplätze für die 3- bis 6jährigen inklusive Tagesmütter/Tagesväter noch einen Versorgungsgrad von 109,63 Prozent, so sank dieser bis 2023 auf 83,76 Prozent. Ähnlich die Situation in St. Peter (von 81,43 auf 66,32 Prozent), in Gösting (von 95,29 auf 89,05 Prozent) oder Puntigam (von 62,30 auf 56,5 Prozent).

Was, auf das Beispiel Eggenberg zurückkommend, zumindest den Eindruck erweckt, dass die Versorgung mit Kindergartenplätzen nicht mit den Wohnbauprojekten – Stichwort Reininghaus – Schritt hält und die Situation sich dadurch noch zuspitzen könnte. Als Konsequenz wird nicht zuletzt von betroffenen Eltern wie auch von Bezirksverantwortlichen zunehmend eingefordert, solche Wohnbauvorhaben von vornherein mit der Errichtung auch von entsprechenden Kinderbetreuungseinrichtungen zu verknüpfen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die für die Bewilligungsverfahren zuständigen Abteilungen in der Stadt Graz werden ersucht, bei Kenntnis von größeren Wohnbauvorhaben auf jeden Fall nach Möglichkeit umgehend mit der Abteilung für Bildung und Integration Rücksprache zu halten, inwieweit an die jeweiligen Bauträger wegen der Errichtung einer Kinderbetreuungseinrichtung herangetreten werden soll.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 30er Bodenmarkierung für Herbersteinstraße und Johanna-Kollegger-Straße
(KO GR Pascuttini, KFG)**

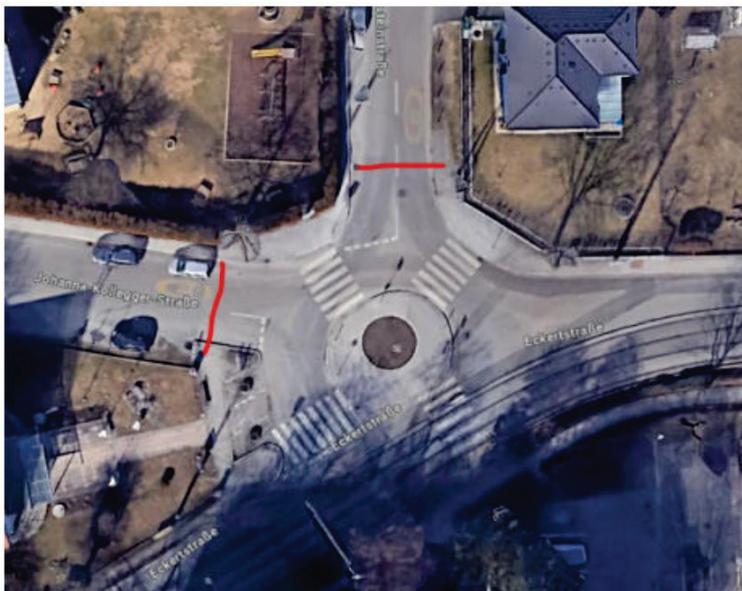
Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

*Durch die Straßensanierung wurden teilweise die 30er Bodenmarkierungen bei der
Einfahrt Herbersteinstraße sowie Johanna-Kollegger Straße Richtung Norden/Westen
(siehe rote Linien im Bild) entfernt.*

*Auch wenn ein Verkehrsschild in
der Eckertstraße den Verlauf als
Vorrangstraße kennzeichnet,
wird dies jedoch oft übersehen
und damit vor allem die
Einfahrtsgeschwindigkeit nicht
sofort ausreichend angepasst.*

*Daher wäre es wichtig die 30er
Bodenmarkierung wieder zu
kennzeichnen.*



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine 30er Bodenmarkierung an diesen Stellen wieder hergestellt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.16 Basketballkorb für Sportplatz Tannhofweg in Mariatrost (KO GR Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Sportplatz/Spielplatz Tannhofweg an der Endhaltestelle der Linie 1 in Mariatrost ist für viele Sportbegeisterte ein beliebter Platz zur Ausübung diverser Aktivitäten. Große Sportanlagen bieten verschiedene Möglichkeiten unterschiedliche Sportarten auszuüben.



Gleich am Beginn des Sportplatzes ist rechts der Fußballbereich, worauf auch ein Basketballkorb montiert ist (siehe Bild). Immer

wieder gibt es Beschwerden, dass fußballspielende Jugendliche den Fußballplatz für ihre Spiele besetzen und auch die Basketballspieler teilweise unfreundlich vertreiben.

Im Sinne einer fairen Ausgewogenheit aller spielenden Parteien (auch Basketballspieler) wäre ein separater Bereich für Basketballspiele wichtig.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein separater Basketballhartplatz mit Korb errichtet werden kann.

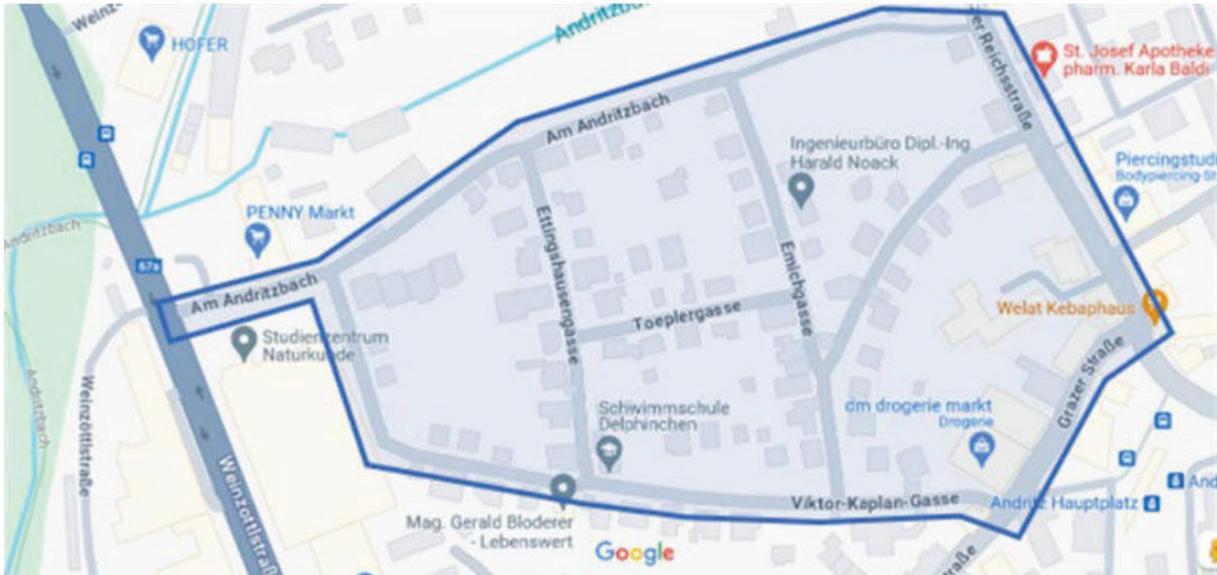
Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Begleitende Maßnahmen zur geplanten Wohnstraße „Staudachersiedlung“
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die geplante Wohnstraße im Bereich der Staudachersiedlung, führt zu regen Diskussionen unter den Anrainern. Straßen am Rande der Siedlung, wie zum Beispiel „Am Anritzbach“ und „Viktor-KaplanGasse“ weisen jetzt schon ein hohes Verkehrsaufkommen durch Durchzugsverkehr auf. Aus diesem Grund sind die Anrainer in diesen Bereichen zurecht angespannt. Um zu verhindern, dass das Verkehrsaufkommen und die so genannten Fremdarker steigen, ist es notwendig begleitende Maßnahmen zur Errichtung der Wohnstraße umzusetzen.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann begleitende Maßnahmen zu den geplanten Wohnstraßen umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.18 Beleuchtung in der Algersdorfer Straße (KO GR Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Anlässlich mehrerer Bürgeranliegen wurde uns mehrfach mitgeteilt, dass der Bereich Algersdorfer Straße 14-31 in den Abendstunden zu wenig ausgeleuchtet ist.

Bei einer Begehung konnten wir feststellen, dass es zumindest entlang des Ackers (lt. Bild) keine ausreichende Ausleuchtung gibt. Dies liegt daran, dass das Licht der bestehenden Straßenlaternen auf der anderen Straßenseite abgeschirmt wird und dadurch der Weg zu dunkel ist.

In Folge sollte die gesamte Westseite der Algersdorfer Straße Richtung Norden überprüft werden, ob es weitere

Beleuchtungsdefizite gibt, da die Straßenlaternen ab der Lerchengasse nur mehr auf der rechten Seite sind.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

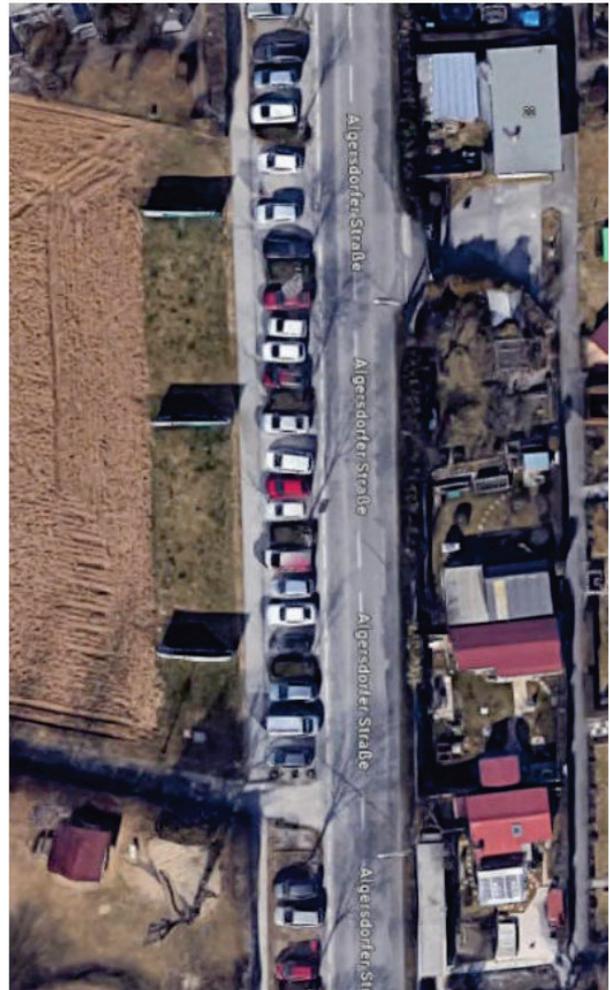
Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann am Gehweg entlang des Ackers eine zusätzliche Beleuchtung errichtet werden kann und in weiterer Folge die Gesamtsituation geprüft wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.



11.19 Busdurchfahrt Ruckerlberggürtel (KO GR Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Ruckerlberggürtel stellt mit seiner Baumallee und Bebauung ein beruhigtes schützenswertes Siedlungsgebiet dar. Trotz der Bevölkerungsdichte hält sich der Verkehr im gesamten Gebiet in Grenzen.

Die angrenzende Endstation der Straßenbahnlinie 3 und Haltestelle für verschiedene Buslinien bildet eine sehr gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz.

Auf Grund der beruhigten Lage des Ruckerlberggürtels und der Straßenbreite (sehr eng in

Verbindung mit der Breite der Busse) sollen Busse, insbesondere die Buslinie 60 nicht mehr durchfahren, sondern wie im Bild markiert, die blau gekennzeichnet Strecke in Richtung Haltestelle nehmen. Die Straßenbreite wurde im Zuge des Umbaus auf 6m (inkl. Parkstreifen) reduziert.

Ein weiterer Grund ist die Engstelle entlang der Schörgelgasse mit entgegenkommenden Radfahrern (Einbahn), bei der es bereits häufiger zu Konflikten mit KFZ und Bussen kam.



Bei einer Änderung der Linienführung mit Einfahrt in die Krenngasse, direkt über die Plüddemangasse, ergeben sich somit mehrere Vorteile, wie zum Beispiel die Verbesserung der Lebensqualität und Reduzierung der beschriebenen Gefahrenstellen Ruckerlberggürtel und Schörgelgasse. Die Platzverhältnisse an der neuen Zufahrt sind dabei vergleichbar und stellen daher keinen Hinderungsgrund dar.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Änderung laut Motivenbericht möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Druckknopfampel in der Eckertstraße auf Höhe des Hauses Nr. 115
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Eckertstraße ist eine viel befahrene Straße. Straßenbahnen, Autos, Radfahrer sind zuhauf unterwegs. Sichere Übergänge für Fußgänger trotz großer Siedlungen sucht man seit der Straßensanierung in der Umgebung vergeblich. Durch den Vorrang der

Straßenbahnen wurden einige Zebrastreifen entfernt. Gerade im Rahmen des „Masterplan Gehen“ sollten sichere Übergänge für Fußgänger Priorität haben. Eine Druckknopfampel würde in der Umgebung Eckertstraße 115 die Situation für viele Fußgänger, vor allem Kinder und ältere Menschen verbessern und einen sicheren Übergang bieten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Druckknopfampel auf Höhe des Hauses Eckertstraße 115 errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Fernwärme am Lindenhofweg und den Seitengassen
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Anlässlich mehrerer Bürgeranliegen wurde an uns mehrfach der Wunsch für den Ausbau der Fernwärme am Lindenhofweg herangetragen.

Nach Recherchen konnten wir feststellen, dass im Kommunalen Energiekonzept (KEK 2017) der untere Lindenhofweg mittel/langfristig ab ca. 2025 für die Versorgung mit Fernwärme eingeplant ist.



Aufgrund des vorhandenen nicht kleinen Siedlungsgebiets bergaufwärts des Lindenhofwegs inklusive Seitengassen und im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der Straßenbahn Linie 1 sollte auch die Fernwärmeversorgung für das umliegende Gebiet weiterentwickelt werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann entlang des Lindenhofwegs und Seitengasse (im Bild grün eingezeichnet), die Fernwärmeversorgung weiter entwickelt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 Geschwindigkeitskontrolle auf der Mariatroster Straße auf Höhe des Kurzeggerwegs
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Mariatroster Straße ist als sehr stark befahrene Straße bekannt. Nicht selten fahren Kraftfahrzeuge auf Höhe des Kurzeggerwegs bis Höhe Wenisbacher Straße mit gefährlich hoher Geschwindigkeit die Mariatroster Straße entlang.

Bei einer Begehung vor Ort, konnte festgestellt werden, dass Kraftfahrzeuge mit weit überhöhter Geschwindigkeit auf diesem Streckenabschnitt unterwegs sind.

Es wird nötig sein auf diesem Streckenabschnitt eine Geschwindigkeitsmessenanlage zur Sicherheit und Lärmreduzierung der Anwohner zu installieren und in weiterer Folge die Aufstellung von einem Radarkasten zu überprüfen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung eines Tempomessgeräts möglich ist und nach Auswertung der gemessenen gefahrenen Geschwindigkeiten, die Aufstellung eines Radargeräts durch die Landespolizeidirektion Steiermark anzuregen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.23 Glassammelcontainer Ruckerlberggürtel
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Glassammelcontainer sind in direkter Nähe zu Wohngebieten ein Ärgernis in Bezug auf Lärm. Das betrifft auch den Sammelcontainer am Ruckerlberggürtel, der bereits auf Grund von Bürgerbeschwerden in Richtung Süden verlegt wurde.

Der Ärger über den Container ist jedoch auch 30m weiter unverändert und gibt es bereits Beschwerden der Anrainer. Es ist erfreulich, dass mehrere Standorte im betreffenden Gebiet vorhanden sind, denn diese gewährleisten kurze Wege und begünstigen das Mülltrennen.

Im betreffenden Gebiet gibt es jedoch gegenüber der Schörgelgasse 65 (Entfernung zu Mitte Ruckerlberggürtel rund 450m) und gegenüber der Hausnummer Schillerplatz 4 (Entfernung zu Mitte Ruckerlberggürtel rund 240m) jeweils große Glassammelcontainer.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Glassammelcontainer am Ruckerlberggürtel entfernt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.24 Oberflächenwasser Ruckerlberggürtel
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im Gemeinderat wurde der „Umbau“ des Ruckerlberggürtels beschlossen. Dieser sah die Neuordnung der Parkflächen und den Schutz des Baumbestandes vor.

Auf Grund der im Bild ersichtlichen Abflussrinnen, sollte das an der Straße anfallende Regenwasser zur Grünfläche fließen und dort versickern bzw. ein ausreichende Wasserzufuhr zu den Bäumen gewährleisten. An der Westseite der Straße scheint dies zu funktionieren, da die Grünfläche tiefer als die Straße liegt.

Auf Grund dessen, dass die östliche Grünfläche höher liegt als die Straße, kann Wasser nicht im notwendigen Ausmaß abfließen und ist bei Regen ein Aussteigen auf Seiten der Grünfläche nahezu unmöglich, selbst nach dem Regen steht das Wasser noch sehr lange. Daher soll im Bereich der Randsteinabsenkung das Niveau der Grünfläche so weit reduziert werden, dass Abfließen möglich ist. Ideal wäre sogar ein Senke, die das Wasser aufnehmen kann.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden



Ende

ein

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Niveauänderung laut Motivenbericht durchgeführt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

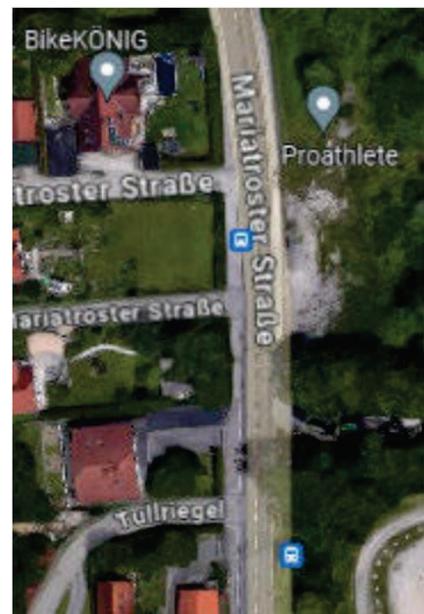
11.25 Sicherer Übergang an der Bushaltestelle Tullriegel (KO GR Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Mariatroster Straße ist als sehr stark befahrene Straße bekannt. Nicht selten fahren Kraftfahrzeuge auf Höhe des Tullriegels mit gefährlich hoher Geschwindigkeit die Mariatroster Straße entlang.

An der Bushaltestelle Tullriegel wird die Gefahrensituation, durch die von beiden Seiten mit hoher Geschwindigkeit befahrenen S-Kurve zusätzlich verstärkt. Fußgänger sind durch die hohen Geschwindigkeiten der Fahrzeuge und der schlechten Sichtverhältnisse der Kurven beim Überqueren der Straße gefährdet.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung eines sicheren Übergangs an der Bushaltestelle Tullriegel errichtet werden kann bzw. die Gefahrensituation vor Ort entschärft werden kann.

Der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.26 Sicherer Übergang bei der Einfahrt Auster Bad
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In Beobachtungen konnten wir feststellen, dass viele Autofahrer die Einfahrt von der Janzgasse zur Auster mit überhöhter Geschwindigkeit passieren. Durch die barrierefreie Breite lädt dieser Bereich zum schnellen Einfahren der Kraftfahrzeuge ein.

Auf Grund der Lage der Einfahrt und des Gehweges, ist die Einfahrt des Parkplatzes der Einzige



Übergang. Da der Gehweg jedoch vor der Schotterfläche endet, werden hier Fußgänger übersehen.



Um diese Gefahrenstelle zu entschärfen sind dringend Sicherungsmaßnahmen in Form einer Beschilderung (Achtung Fußgänger, Bodenmarkierung oder gar Bodenschwelle) (siehe rot eingezeichnete Linien) nötig.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann
Sicherungsmaßnahmen lt. Motiventext hergestellt werden können.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.27 Straßensanierung Rannachstraße
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Rannachstraße weist wie man auf den Bildern erkennen kann einige Schäden im Bodenbelag auf. Tiefe Furchen und Mulden prägen diese Straße.

Eine umfassende Sanierung auf der gesamten Straße scheint hier dringend notwendig zu sein.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine umfassende Sanierung der gesamten Rannachstraße umgesetzt werden kann.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 04.07.2024



Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.28 Trinkbrunnen am Annaplatz
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Graz als zweitgrößte Stadt Österreichs wächst immer weiter. Um diesem Bedarf gerecht zu werden und gleichzeitig eine gesunde Erfrischung für die Menschen unterwegs zu bieten, gibt es seit vielen Jahren Trinkbrunnen in der Stadt. Aktuell gibt es sie an rund 150 Plätzen in Graz.

In der gesamten Umgebung rund um den Annaplatz ist kein Trinkbrunnen anzutreffen, obwohl viele Menschen auch mit Hunden in der Umgebung unterwegs sind.

Die Trinkbrunnenkarte im Anhang zeigt deutlich auf, dass in der gesamten Umgebung kein Trinkbrunnen vorhanden ist (sonst wäre dieser eingezeichnet).

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

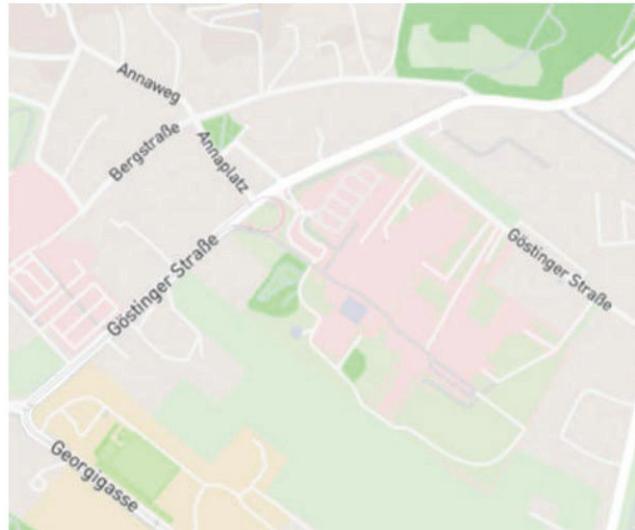
Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Trinkbrunnen am Annaplatz (GST-Nr. 286/1), der im Eigentum der Stadt Graz ist, errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.



**11.29 Überprüfung der Ampelschaltzeiten an der Eggenberger Allee Ecke Alte Poststraße
Poststraße
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

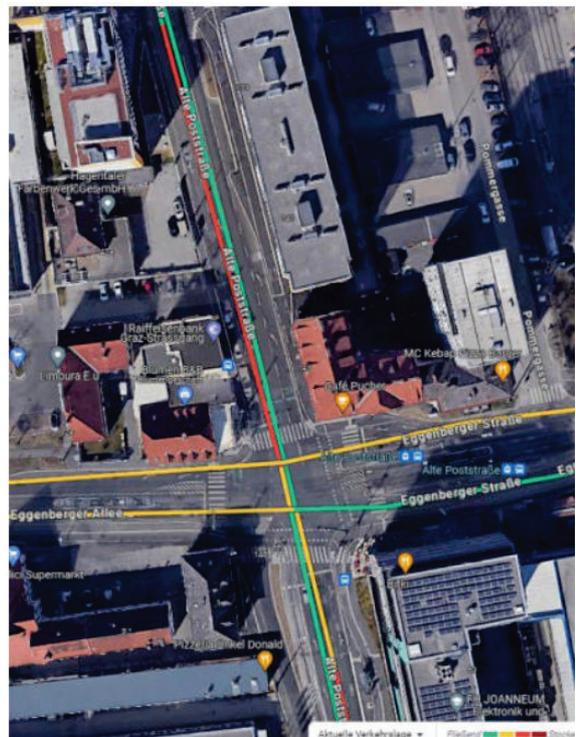
Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die stark frequentierte Kreuzung Eggenberger Allee Ecke Alte Poststraße ist bekannt für Staus. In letzter Zeit haben uns jedoch vermehrt Berichte über massive Stauungen erreicht.

Wie am Google Maps Bild durch die rote Linie zu erkennen, gibt es starke Stauungen an einem normalen Werktag um die Mittagszeit (Mittwoch, 03.07.2024 um 11:45 Uhr) in der Alten Poststraße von Norden kommend.

Eine Entschärfung der Verkehrssituation vor Ort wäre wünschenswert.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden



Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Ampelschaltzeiten an dieser Kreuzung den umgebenden Umständen entsprechend optimiert sind und ob weitere verkehrsentlastende Maßnahmen möglich sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.30 Unbeleuchteter Straßenabschnitt zwischen Lastenstraße und Waagner-Biro-Straße
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In diversen Bürgergesprächen wurde uns mitgeteilt, dass zwar die Unterführung Baustelle Peter-Tunner-Gasse beleuchtet ist, aber der gesamte Straßenabschnitt von der Lastenstraße bis Waagner-Biro-Straße nicht.

Zur sicheren Begehung der Peter-Tunner-Gasse ist eine Beleuchtung auch schon vor Fertigstellung der Unterführung im Jahr 2026 vor Ort wichtig.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*



Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Peter-Tunner-Gasse auch im Motiventext genannten Straßenabschnitt beleuchtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.31 Zugänge zu Hauseingängen Ruckerlberggürtel (KO GR Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Beim Umbau des Ruckerlberggürtel und der damit einhergehenden Neuordnung der Parkflächen, um den Schutz der Bäume durch mehr Grünraum zu gewährleisten, wurde auf die Zugänge zu den jeweiligen Hauseingängen vergessen.

Das bedeute nun, dass entweder die Grünflächen wieder massiv belastet werden oder eben lange Umwege in Kauf genommen werden müssen (auf der Straße!), da vor allem ältere oder Beeinträchtigte Personen, die oftmals lange nicht gemähten Grünflächen auf Grund der Unfallgefahr nicht durchqueren können.

Daher sollen parallel bzw. gemeinsam mit dem Antrag zur Oberflächenentwässerung (Gemeinderatssitzung 04.07.2024), Zugänge zu den jeweiligen Hauseingängen geschaffen werden.



Im Bestand werden jetzt die Grünflächen großflächig belastet, da keine fixen Zugänge bestehen und die Grünflächen am Ort des geparkten Autos durchquert werden. Mit fixen Zugängen, die auch versickerungsfähig aber befestigt gestaltet werden können, minimiert sich die Belastung auf die sonstigen Flächen merklich.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Verbindungen zwischen Straße und Hauseingängen laut Motivenbericht errichtet werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.32 Mäharbeiten der Stadt Graz
(GR Winter, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In den letzten Wochen erreichten uns zahlreiche Beschwerden, dass nach Mäharbeiten im öffentlichen Raum, durch die Holding oder ev. diverser Subunternehmer, zerhackelter Müll im Bereich der gemähten Flächen vorhanden war.

Dies rührt daher, dass die zu mähenden Flächen offensichtlich vorab nicht auf herumliegenden Müll kontrolliert werden und dieser gemeinsam mit dem oft sehr hohen Gras zerhäckselt wird.

Im Sinne der Umwelt und für eine saubere Stadt wäre es notwendig, dass die Holding die zu mähenden Flächen unmittelbar vor den Mäharbeiten auf Müll überprüfen lässt und dieser entsprechend entsorgt wird.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Kontrolle von zu mähenden Flächen unmittelbar vor den Mäharbeiten auf Müll durchgeführt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.33 Überdachung der Bushaltestelle Stregengasse (beidseitig)
(GR Winter, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bushaltestellen sind der Beginn der Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Daher sollten diese nicht nur barrierefrei und inklusiv sein, sondern auch vor Wind und Wetter schützen. Es gibt eine Vielzahl an technischen Möglichkeiten selbst bei widrigsten Umständen (zB. zu wenig Platz) zumindest eine Überdachung zu montieren.

Eine Haltestelle mit ausreichend Platz für die „Standardlösung“ ist die Haltestelle Stregengasse in beide Richtungen.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine entsprechende Überdachung in beide Richtungen errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.34 Anpassung der Ampelschaltung in der Ulrich-Lichtenstein-Gasse
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Ampelschaltung in der Ulrich-Lichtenstein-Gasse. Derzeit ist die Grünphase der Ampel, die den Gehweg über die Ulrich-Lichtenstein-Gasse regelt, zu kurz, was zu langen Wartezeiten für Fußgänger:innen führt. Längere Grünphasen der Ampel würden die Situation erheblich verbessern und den Fußgänger:innen eine angenehmere Überquerung ermöglichen.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Ampelschaltung in der Ulrich-Lichtenstein-Gasse angepasst werden kann, um die Grünphasen für die Fußgänger:innen zu verlängern.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.35 Ausbau von 11kW Ladesäulen
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir NEOS die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen. Eines davon betrifft den Ausbau von 11kW Ladesäulen im Stadtgebiet:

Aktuell gibt es in Graz 139 Ladestationen (vgl.

<https://chargefinder.com/de/graz/stromtankstelle/8r8qm>) und der Anteil der Elektroautos im Straßenverkehr nimmt stetig zu und wird auch zukünftig weiter steigen (vgl.

<https://www.landesentwicklung.steiermark.at/cms/beitrag/12658772/141979459/>). In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Elektromobilität nicht mehr wegzudenken ist und einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leistet (vgl.

https://www.bmk.gv.at/themen/mobilitaet/alternative_verkehrskonzepte/elektromobilitaet/zahlen/faktencheck.html).

Ein wesentlicher Punkt für die Förderung der Elektromobilität ist die Verfügbarkeit von 11kW Ladesäulen. Die fehlende Infrastruktur kann zu langen Wartezeiten und Erschwerung des Alltags von Elektrofahrzeugbesitzer:innen führen. Ein weiters gravierendes Problem ist der hohe Preis für das Laden, der derzeit fast doppelt so hoch ist wie die Kosten für das Betanken eines Verbrennungsfahrzeugs. Daher ist es für Städte wie Graz umso wichtiger, sich auf die Elektromobilität vorzubereiten und diesen Trend zu unterstützen.

Um den Herausforderungen im Bereich der Elektromobilität zu begegnen, ist ein umfangreicher Ausbau der 11kW Ladesäuleninfrastruktur in Graz notwendig. Es braucht mehr Ladesäulen, die zu fairen und wettbewerbsfähigen Preisen betrieben werden. Die Kosten für das Laden von Elektrofahrzeugen dürfen nicht höher sein als die für das Fahren von Verbrennerfahrzeuge.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Installation von mehr 11kW Ladesäulen in der gesamten Stadt umgesetzt werden kann, um den aktuellen und zukünftigen Bedarf zu decken.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.36 Belegung des Mariatroster Ortskernes
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Belebung des Ortskernes von Mariatrost. Die Ideengeberin sieht die Einrichtung einer multifunktionalen Begegnungszone vor, die als zentraler Treffpunkt für Bürger:innen dienen soll. Diese Zone umfasst verschiedene Bereiche, darunter Plätze für Gespräche, Sporteinrichtungen, gastronomische Angebote sowie kulturelle Veranstaltungen. Darüber hinaus beinhaltet das Projekt eine Stadtbibliothek, die nicht nur als Ort des Lesens und Lernens, sondern auch als kulturelles Zentrum für Veranstaltungen und Workshops fungieren soll. All diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Ortskern von Mariatrost (Endhaltestelle Linie 1) wiederzubeleben und einen lebendigen Mittelpunkt für die Menschen in Mariatrost zu schaffen.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die im Motiventext aufgezeigten Maßnahmen (Begegnungszone, Sporteinrichtungen, gastronomische Angebote, kulturelle Veranstaltungen, Stadtbibliothek) zur Belebung des Mariatroster Ortskerns umgesetzt werden können. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Antragsteller bis spätestens Ende des Jahres zu informieren.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.37 Einrichtung einer 30er-Zone oder Wohnstraße in der Alten Poststraße
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Einrichtung einer 30er-Zone oder einer Wohnstraße sowie die verstärkte Kontrolle der Einhaltung der Einbahnregelung in der Alten Poststraße zwischen Glaserweg und Spitzgasse. In diesem Bereich kommt es aufgrund überhöhter Geschwindigkeit und Missachtung der Einbahnregelung immer wieder zu gefährlichen Situationen für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Eine 30er-Zone oder Wohnstraße würde die Verkehrssicherheit in diesem Bereich erheblich steigern.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Einrichtung einer 30er-Zone oder Wohnstraße sowie die Verbesserung der Kontrollen der Einhaltung der Einbahnregelung in der Alten Poststraße zwischen Glaserweg und Spitzgasse umgesetzt werden können.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.38 Errichtung eines Jugendtreffs in Mariatrost
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Errichtung eines Jugendtreffs in Mariatrost. Dieses Projekt sieht die Schaffung eines Raumes vor, der speziell für die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen in Mariatrost gestaltet ist. Der Jugendtreff soll ein Ort der Begegnung, des Austausches und der Freizeitgestaltung sein. Verschiedene Aktivitäten wie Sport, Musik, Kunst, sowie Bildungs- und Freizeitangebote sollen angeboten werden. Ziel ist es, den jungen Menschen in Mariatrost einen Raum zu bieten, in dem sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten und ihre sozialen Kontakte pflegen können.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Errichtung eines Jugendtreffs in Mariatrost umgesetzt werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Antragsteller bis spätestens Ende des Jahres in Kenntnis zu setzen.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.39 Errichtung eines Kaffeehauses als Projekt für Menschen aus dem 2. Arbeitsmarkt in Mariatrost (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Errichtung eines Kaffeehauses in Mariatrost, das als Projekt für Menschen aus dem 2. Arbeitsmarkt dienen soll. Dieses Kaffeehaus könnte eine wichtige soziale Funktion erfüllen, indem es Menschen, die Schwierigkeiten haben, auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, Beschäftigungsmöglichkeiten und berufliche Integration bietet. Darüber hinaus würde ein Kaffee in Mariatrost die Belebung des Ortskerns fördern und einen neuen Treffpunkt für Bewohner:innen schaffen.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Errichtung eines Kaffeehauses in Mariatrost als Projekt für Menschen aus dem 2. Arbeitsmarkt umgesetzt werden kann. Dem Antragsteller ist bis Ende des Jahres das Ergebnis der Prüfung mitzuteilen.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.40 Lückenschluss des Gehsteigs zwischen den Haltestellen der Linie 82 Brodtrager und Meichenitschbrücke
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen. Eines davon betrifft den Lückenschluss des Gehsteigs zwischen den Haltestellen der Linie 82 Brodtrager und Meichenitschbrücke.

Derzeit gibt es in diesem Bereich eine Unterbrechung des Gehsteigs, die Fußgänger:innen zwingt, auf die Straße auszuweichen, was ihre Sicherheit erheblich gefährdet. Ein durchgehender Gehsteig würde nicht nur die Sicherheit für Fußgänger:innen erhöhen, sondern auch die Zugänglichkeit zwischen den Haltestellen verbessern.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie ein Lückenschluss des Gehsteigs zwischen den Haltestellen der Linie 82 Brodtrager und Meichenitschbrücke (Panzenbeckgasse 9) realisiert werden kann.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.41 Mursteg zur Entlastung der Keplerbrücke
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen. Eines davon betrifft die Errichtung eines Murstegs in Verlängerung der Pflanzengasse zur Langegasse.

Die derzeitige Infrastruktur, insbesondere der Radweg über die Keplerbrücke, ist aufgrund ihrer Enge und hohen Frequentierung mit einer erhöhten Unfallgefahr für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen verbunden. Ein Mursteg speziell für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen würde zur Entlastung der Keplerbrücke und zusätzlich zu einer besseren Verbindung der Grazer Bezirke Geidorf und Lend beitragen.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Errichtung eines Murstegs in Verlängerung der Pflanzengasse zur Langegasse für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen umgesetzt werden kann.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.42 Neue Hundewiese für Mariatrost
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Neuerrichtung einer modernen und zentral gelegenen Hundewiese in Mariatrost. Derzeit befindet sich die nächste Hundewiese beim Hilmteich, etwa 4 Kilometer vom Zentrum Mariatrost entfernt, was die Notwendigkeit einer näher gelegenen Option im Mariatroster Zentrum verdeutlicht.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie und wo die Gestaltung einer neuen Hundewiese, in der Nähe des Mariatroster Zentrums umgesetzt werden kann.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.43 Neuer Zebrastreifen im Bereich Schillerplatz/Schützenhofgasse
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen. Eines davon betrifft die Errichtung eines neuen Zebrastreifens im Bereich Schillerplatz/Schützenhofgasse.

Derzeit stellt das Überqueren dieser Straße eine erhebliche Gefahr dar, insbesondere für Fußgänger:innen, die häufig den Verkehr passieren müssen. Ein Zebrastreifen würde das gefahrlose Überqueren ermöglichen und somit die Sicherheit in diesem Bereich deutlich erhöhen.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie ein neuer Zebrastreifen im Bereich Schillerplatz/Schützenhofgasse hergestellt werden kann, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger:innen zu gewährleisten.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.44 Öffentlicher Kinderspielplatz in Mariatrost (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Errichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes in Mariatrost. Ein Spielplatz würde den Kindern in der Umgebung einen kindgerechten Raum bieten, um sich auszutoben, zu spielen und soziale Kontakte zu knüpfen sowie Eltern untereinander zu vernetzen.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wo die Errichtung eines neuen öffentlichen Kinderspielplatzes in Mariatrost am geeignetsten erscheint. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Antragsstelle bis spätestens Ende des Jahres zu informieren.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.45 Schrankenzeiten am Bahnübergang Sternäckerweg
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen. Eines davon betrifft die Schrankenzeiten am Bahnübergang des Sternäckerwegs.

An diesem Bahnübergang kommt es häufig zu unnötigen Wartezeiten. Der Bahnschranken wird bereits geschlossen, bevor der Zug in die Haltestelle einfährt, was zu minutenlangen Wartezeiten führt. Während der Zug hält und die Passagiere ein- und aussteigen, bleibt der Schranken geschlossen, was auf beiden Seiten des Bahnübergangs regelmäßig Staus verursacht. Diese Staus erstrecken sich auf der einen Seite bis zur Liebenauer Hauptstraße und auf der anderen Seite bis zum Kreisverkehr vor dem Einkaufszentrum Murpark. Betroffen sind nicht nur Autofahrer:innen, sondern auch öffentliche Busse, die diese Strecke nutzen. Im Vergleich zu anderen Schrankenanlagen, die erst bei Bedarf schließen, wird diese zu früh geschlossen.

Daher bringe ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag

ein:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Schrankenzeiten am Bahnübergang des Sternäckerwegs optimiert werden können, um unnötige Wartezeiten zu reduzieren und die dadurch entstehenden Staus zu vermeiden.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.46 Überplattung des Mariatroster Bachs im Bereich des alten Ortskerns (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

NEOS stehen für Bürger:innen-Beteiligung. Jede:r der/die Österreich nach vorne bringen möchte, ist herzlich eingeladen mitzugestalten. Vor allem auf kommunaler Ebene sind es die alltäglichen Geschichten und Gedanken, die das Leben in unserer schönen Stadt prägen. Und NEOS sind überzeugt davon, dass die besten Ideen und Lösungen von den Menschen, die hier vor Ort wohnen und arbeiten, selbst kommen. Deshalb haben wir die Grazerinnen und Grazer eingeladen, uns ihre Herzensprojekte mitzuteilen.

Eines davon betrifft die Überplattung des Mariatroster Bachs, um eine größere nutzbare Fläche zu schaffen. Durch die Überplattung im Bereich des alten Ortskerns könnten neue Freiflächen entstehen, die für verschiedene Zwecke wie Grünflächen, Spielplätze, Begegnungszonen oder kulturelle Veranstaltungen genutzt werden können.

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Überplattung des Mariatroster Bachs im Bereich des alten Ortskerns umgesetzt werden kann, sodass eine größere Fläche geschaffen wird.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.47 Bericht über sicherheitsrelevante Vorfälle in Grazer Bädern (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Immer wieder kommt es vor, dass die Polizei zu Einsätzen in Schwimm- und Freibädern ausrücken muss. Neben Diebstählen, Raufhandel oder Körperverletzungen sind in heimischen Bädern insbesondere auch sexuelle Übergriffe im Steigen begriffen. Jedes Jahr werden zahlreiche Vorfälle publik, wonach Frauen und Kinder von meist männlichen Badegästen bedrängt oder sexuell belästigt wurden. Nicht selten handelt es sich dabei um ausländische Täter.

Ein schockierender Vorfall ereignete sich kurz vor dem Beginn der Sommerferien in Niederösterreich. Mitte Juni wurden im Freibad Traiskirchen sechs Kinder von zwei Asylwerbern sexuell belästigt, wie etwa der „Kurier“ zu berichten wusste. (Quelle: <https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/minderjaehrig-im-freibad-traiskirchen-belaestigt-zwei-festnahmen/402916043>) Wenige Tage darauf folgte die nächste Horror-Nachricht: Auch in Salzburg sollen mehrere Bewohner einer Salzburger Flüchtlingsunterkunft gegenüber einer Freibad-Besucherin sexuell übergriffig geworden sein. Im Raum stehen offenbar die Vorwürfe einer zumindest versuchten Vergewaltigung. (Quelle: <https://www.krone.at/3431561>) In Wiener Freibädern kam es

im heurigen Jahr bereits zu 17 Polizeieinsätzen aufgrund von Vorfällen wie Raufhandel, Diebstahl und insbesondere sexueller Belästigung. Die Zahl an Vorfällen ist jetzt schon höher als im Vorjahr, wie beispielsweise der ORF Wien berichtete. (Quelle: <https://wien.orf.at/stories/3262920/>)

Auch in der Steiermark kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu sexueller Belästigung in Schwimmbädern oder an Badeseen, unter anderem durch Asylwerber. Medial berichtet wurde etwa über den Vorfall, bei dem zwei Mädchen im Alter von elf und 14 Jahren im Judenburger Freibad von einem 45-jährigen Afghanen unsittlich berührt worden waren. (Quelle: https://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/5057126/Judenburg_Maedchenin-Freibad-belaestigt) Auch die Schwimm- und Freibäder der Stadt Graz sind nicht davor gefeit, Schauplatz derartiger Vorfälle zu werden. Aus diesem Grund hat die FPÖ Graz schon im Jahr 2022 einen entsprechenden Antrag eingebracht, damit dringend Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung in Schwimmbädern umgesetzt werden.

Um einen Überblick über alle Zwischenfälle in Grazer Schwimmbädern zu erhalten, bedarf es einer genauen Dokumentation aller negativ zu wertenden Geschehnisse in Form eines Berichts. Aus freiheitlicher Sicht muss der Gemeinderat der Stadt Graz nach den Sommermonaten umfassend über alle sicherheitsrelevanten Vorfälle informiert werden, um folglich entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Grazer Freibadbesucher einleiten zu können.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz sowie der Holding Graz eine Erhebung sämtlicher sicherheitsrelevanter Vorfälle in Grazer Schwimm- und Freibädern im Sommer 2024 durchzuführen und dem Gemeinderat im Herbst einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.48 Burkini-Verbot in Grazer Badeordnung sicherstellen (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Burkini – eine zweiteilige Badebekleidung für Frauen, die den gesamten Körper mit Ausnahme des Gesichts, der Hände und der Füße bedeckt – führt vielerorts zu Diskussionen im öffentlichen Raum. Zahlreiche Bäder, Gemeinden und ganze Staaten haben Einschränkungen vorgenommen, um das Symbol der Unterdrückung aus den Badeeinrichtungen zu verbannen. Den wohl umfassendsten Ansatz in dieser Thematik wählte Frankreich, wo selbst der Staatsrat ein Burkini-Verbot in der Alpenstadt Grenoble befürwortete und somit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigte. Seit Juni 2022 sind in den öffentlichen Schwimmbädern der Stadt die Ganzkörperbadeanzüge wieder verboten (Quelle:

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/frankreich-bestaetigt-das-verbot-von-burkinis-im-schwimmbad-18117879.html>). Die Entscheidung des Staatsrates hatte für das gesamte Land Auswirkungen, wie eine Berichterstattung der Tageszeitung „Heute“ vom 28. Juni 2024 belegt. Darin heißt es: „Der Staatsrat hat im Juni 2022 entschieden, dass der Burkini in Hallen- und Freibädern in Frankreich verboten ist. Behörden müssten

religiös neutral sein und dürften deshalb nicht Ausnahmen für Burkinis bei der Bäderordnung machen. Dabei stützte sich das höchste Verwaltungsgericht des Landes auf das so genannte ‚Gesetz gegen den Separatismus‘ von Präsident Emmanuel Macron.“ (Quelle: <https://www.heute.at/s/spoe-wollte-burkini-verbot-in-freibad-aufheben-lassen-120045180>)

In selbiger Berichterstattung zeigt sich auch, dass die Diskussionen rund um ein Burkini-Verbot Österreich ebenso längst erreicht haben. Ein derartiges Verbot existiert nämlich beispielsweise auch im oberösterreichischen Ansfelden, wo Besucherinnen das Schwimmen im Freibad im Burkini untersagt wird. Aus Sicherheitsgründen erlaube die Badeordnung des Freibades diese Art der Bekleidung nicht. Die langen Ärmel könnten sich irgendwo verfangen, beispielsweise im Strudelbecken. Neben dem Sicherheitsaspekt sind es vor allem hygienische Gründe, die Bäder zum Verbot der Ganzkörperverhüllung bewegen. So beispielsweise die Erlebnistherme Zillertal, in der bereits ein Schild am Eingang auf das Burkini-Verbot verweist. Die Gründe dafür legt ein Artikel der Tageszeitung „Heute“ vom 17. August 2022 dar: „Auf ‚Heute‘-Anfrage erklärt die Geschäftsleitung: ‚Unsere Gäste bestehen zu 95 bis 99 Prozent aus Menschen mit Bikini und Badehose. Leider hatten wir laufend Beschwerden über Personen in Burkinis oder Straßenkleidung – die Leute hat einfach davor geekelt.‘ Weil auch der Bademeister verbal attackiert worden sei, habe man die Kleiderordnung gleich im Kassabereich mittels Symbolen kommuniziert.“ (Quelle: <https://www.heute.at/s/zu-viele-beschwerden-therme-zillertal-erlaesst-burkini-verbot-10022310>)

Dass ein derartiges Verbot auch in der Steiermark keineswegs undenkbar ist, zeigt ein Blick in die Badeordnung der obersteirischen Stadt Knittelfeld. Auch hier wird mit der hygienischen Fragwürdigkeit des Badetextils argumentiert. In den Bestimmungen zum Aufenthalt in der Badeanstalt wird der Burkini als zulässige Bekleidung klar ausgespart. Unter Punkt 2.5 (2) der Knittelfelder Badeordnung heißt es: „Der Aufenthalt in der gesamten Badeanstalt ist ausschließlich in badegerechter Bekleidung gestattet. Dazu zählen oberhalb des Knies endende Badehosen, Badeanzüge, Bikinis, sowie ärmellose

Oberteile usw. Ausnahmen hierzu sind bedingt zulässig durch besondere Badeveranstaltungen. Das Tragen von Unterwäsche unter der badegerechten Bekleidung ist aus hygienischen Gründen untersagt. Für Babys bzw. Kleinkinder ist das Tragen einer Schwimmwindel verpflichtet. (sic!)“ (Quelle: https://knittelfeld.gv.at/fileadmin/Redakteure/user_upload/2022_Badeordnung_2022.pdf)

Die Badeordnung der Landeshauptstadt hingegen beschreitet einen gänzlich anderen Weg. Entgegen allen hygienischen Überlegungen oder dem Bestreben, das Symbol der Unterdrückung von Frauen aus dem öffentlichen Bild zu verdrängen, wird der Burkini explizit als erlaubtes Kleidungsstück in Grazer Bädern genannt. Unter dem Punkt „Hygiene“ ist der Grazer Badeordnung folgender Passus zu entnehmen: „Der Aufenthalt in den Bädern ist nur in üblicher Badebekleidung (keine Straßenkleidung, keine Unterwäsche; Materialien: Polyamid/Polyester/Elasthan) gestattet. Die Möglichkeit des Tragens einer Ganzkörperbekleidung ist eingeschränkt (Neopren abhängig von der Witterung; Burkini nur enganliegend/einem Ganzkörperbadeanzug entsprechend/keine wallenden Kopftücher/Kopfbedeckung einer Badehaube entsprechend).“ (Quelle: <https://www.holding-graz.at/de/unsere-badeordnung/>)

Die Vorbildwirkung, welche die Stadt Graz mit dieser Erlaubnis aussendet, ist fatal. Während inzwischen ganze Nationen entweder ein Verbot des Burkinis umsetzen oder wie im Fall von Italien zumindest laut darüber nachdenken, heißt man in den Bädern der Landeshauptstadt die hygienisch fragwürdigen Zeichen der Unterdrückung mit offenen Armen willkommen. Diese „Einladung“ an verhüllte Badegäste muss schnellstmöglich zurückgenommen und ein Verbot des Badeutensils nach den zahlreichen, im Begründungstext genannten Vorbildern vorgenommen werden.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um die Badeordnung der Stadt Graz dahingehend abzuändern, dass der Besuch von öffentlichen Bädern im Burkini explizit verboten wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.49 Maßnahmen zur Sicherstellung der Parkmöglichkeiten für die Bewohner des Wohnblocks in der Dr. Robert Graf Straße 10 (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

In der Dr. Robert Graf Straße 10 beklagen zahlreiche Anrainer die aktuelle Parksituation. Konkret befinden sich vor dem Wohnblock speziell ausgewiesene Parkplätze, die ausschließlich den Bewohnern des Hauses zur Verfügung stehen sollten. In der Realität wird diese Regelung jedoch regelmäßig missachtet, sodass die Parkplätze häufig von Fremdparkern besetzt sind. Dies führt dazu, dass die Bewohner keine adäquaten Parkmöglichkeiten vorfinden und die ohnehin schon angespannte Parksituation in Graz weiter angeheizt wird.

Es ist von großer Bedeutung, die Lebensqualität der Bewohner sicherzustellen und sicherzustellen, dass die Parkplätze ihrer eigentlichen Bestimmung entsprechend genutzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind effektive Maßnahmen erforderlich.

Anregungen für mögliche Maßnahmen:

1. *Einführung von Anwohnerparkausweisen: Die Parkplätze könnten durch die Ausgabe von Anwohnerparkausweisen exklusiv für die Bewohner des Wohnblocks freigehalten werden. Dies könnte durch eine sichtbare Kennzeichnung der berechtigten Fahrzeuge sichergestellt werden.*
2. *Kontrollen durch den Ordnungsdienst: Regelmäßige Kontrollen durch den örtlichen Ordnungsdienst könnten dazu beitragen, die Einhaltung der Parkregelungen zu überwachen und Verstöße durch Fremdarker zu sanktionieren.*
3. *Zusätzliche Beschilderung: Eine klare und gut sichtbare Beschilderung, die auf die reservierten Parkplätze und die Konsequenzen bei Missachtung hinweist, könnte das Bewusstsein der Autofahrer schärfen und die Regelbefolgung verbessern.*

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die oben genannten Maßnahmen (Einführung von Anwohnerparkausweise, regelmäßige Kontrollen durch den Ordnungsdienst, zusätzliche Beschilderung), einzeln oder in Kombination, zeitnah geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden, um die Parkplatzsituation in der Dr. Robert Graf Straße 10 für die dort ansässigen Bewohner nachhaltig zu verbessern.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.50 Sportbudget aufstocken statt kürzen!
(GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Angesichts der von Finanzstadtrat Eber Ende Juni ausgegebenen „Minus zehn Prozent“-Regel, wonach im Zuge der nächsten Budgetverhandlungen in allen Ressorts zehn Prozent einzusparen sind, warnen nun auch die Sportverbände ASKÖ, ASVÖ und Sportunion vor dramatischen Entwicklungen. Denn auch das Grazer Sportbudget soll aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Graz um zehn Prozent gekürzt werden.

In Vertretung für mehr als 300 Grazer Sportvereine wurde vonseiten der Sportverbände ein offener Brief an die Stadtregierung verfasst, um auf die bereits bestehende finanzielle Unterdotierung des Sportbudgets hinzuweisen und stattdessen eine Erhöhung einzufordern. Erst im Vorjahr ist das ordentliche Sportbudget von 5,5 Millionen Euro auf 5,2 Millionen Euro gekürzt worden. Mittelfristig sei eine Reduktion auf 5,1 Millionen Euro geplant, wie einem Bericht des ORF Steiermark vom 4. Juli 2024 zu entnehmen ist. (Quelle: <https://steiermark.orf.at/stories/3263775/>)

Aus Sicht der Sportverbände – wie auch aus freiheitlicher Sicht – ist die geplante Kürzung des Sportbudgets absolut unverantwortlich, da diese das funktionierende und für die Gesellschaft so wichtige Vereinsleben in massivster Weise nachhaltig schädigen würde. Anstatt im Sportbereich weiter Mittel einzusparen, bräuchte es vielmehr eine Budgeterhöhung, um den Anforderungen der Grazer Vereine sowie der Bevölkerung nach moderner Sportinfrastruktur auch gerecht zu werden.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, die geplante Kürzung des Sportbudgets um zehn Prozent zurückzunehmen und dieses stattdessen in adäquatem Ausmaß aufzustocken.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.